



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind dem Ziel der Klimaneutralität einen Schritt näher gekommen. Der Bundesrat hat am Freitag das Energiepaket der Bundesregierung verabschiedet. Dazu zählt beispielsweise die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, deren Ziel ist, den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien an Land bis 2045 zu beschleunigen. Außerdem wurden Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau von Stromnetzen und E-Ladesäulen gebilligt. Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen und Wachstumsimpulse wurden mit der Zustimmung einer Weiterentwicklung des Energie- und Klimafonds geschaffen.

Zudem hat sich der Bundesrat mit der Bilanz der Konferenz zur Zukunft Europas beschäftigt und das Ratifikationsgesetz zum geplanten NATO-Beitritt von Finnland und Schweden gebilligt. Auch BAföG-Empfängerinnen und Empfänger können sich freuen. Der Bundesrat hatte keine Einwände gegen die Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes gehabt und den Weg für umfassende Verbesserungen beim BAföG frei gemacht. Wie immer stellen wir Ihnen mit unserem Newsletter einige interessante Tagesordnungspunkte vor.

Der nächste reguläre Bundesrat tagt am 16. September 2022. Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerpause.

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 8. Juli 2022



© Bundesrat | Sascha Radke

EU-Zukunftskonferenz

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Konferenz zur Zukunft Europas - Von der Vision zu konkreten Maßnahmen

Der Bundesrat hat zu dieser EU-Mitteilung umfassend Stellung genommen. Vor etwa zwei Monaten ist die Konferenz zur Zukunft Europas offiziell zu Ende gegangen. Die Initiative war ein groß angelegter Versuch der direkten Bürgerbeteiligung auf der Ebene der EU. Die Konferenz hat sich auf 49 Vorschläge geeinigt, die sich auf neun Themenbereiche beziehen und 326 spezifische Maßnahmen umfassen.

In der Bundesratsdebatte zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ würdigte Hessens Europaministerin Lucia Puttrich den einjährigen Diskussionsprozess, zu dem seit zwei Monaten die Empfehlungen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger vorliegen. „Die Konferenz war ein Experiment, die Beteiligung war intensiv und es liegen gute Vorschläge vor“, so ihr Fazit zu dieser Zukunftsdebatte, die sie als eine von zwei Vertreterinnen des Bundesrates begleitet hat. Der eingeschlagene Weg müsse nun weiterverfolgt werden, vor allem auch eine intensive Auseinandersetzung mit den konkreten Vorschlägen. „Wir müssen jetzt schauen, wo die Europäische Union in einer veränderten Zeit stärker zukunftsfähig sein muss“, so die Staatsministerin in ihrer Rede vor dem Plenum. Durch den russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg werde die strategische Souveränität der EU immer bedeutender. Aufgabe sei es auch künftig, die Distanz der Menschen zu europäischen Themen abzubauen und für mehr Transparenz zu sorgen. „Wir wollen keine zentralistische Europäische Union, sondern eine, die es mit viel Gemeinsamkeit besser kann – und dies mit voller Kraft und entschlossen“, forderte Puttrich. Daher seien die Länder im Sinne der Subsidiarität von der Bundesregierung bei den weiteren Beratungen und möglichen Vertragsänderungen einzubeziehen: „Der Bundesrat wird hier eine eigene und selbstbewusste Rolle auf Augenhöhe spielen“.

>>> zum [Video](#)



© Henning Schacht

EEG-Novelle 2023

Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor

Der Bundesrat hat das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor gebilligt. Die Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag erfolgte erst einen Tag zuvor.

Es handelt sich um eine grundlegende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) infolgedessen flankierend zahlreiche andere Gesetze geändert werden. Ziel ist es, im Jahr 2045 die im Klimaschutzgesetz festgelegte Treibhausgasneutralität zu erreichen. Das Gesetz legt Ausbaupfade und Ausschreibungsmengen für die einzelnen Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien fest. Die Ausbaurate bei der Windenergie an Land soll auf 10 Gigawatt pro Jahr erhöht werden und für Solarenergie schreibt das Gesetz 22 Gigawatt pro Jahr vor.

Außerdem wird die EEG-Umlage dauerhaft abgeschafft und gesetzlich klargestellt, dass alle erneuerbaren Energien - auch die Wasserkraft - im überragenden öffentlichen Interesse stehen. Dies soll zur Beschleunigung der Verfahren beitragen.

Im Plenum sprach dazu Staatsminister Tarek Al-Wazir.

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

Allgemeine Verwaltungsvorschrift

zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten (AVV Gebietsausweisung - AVV GeA)

Der Bundesrat hat neuen Vorschriften zur Erfassung besonders mit Nitrat belasteter Gebiete unter der Bedingung weniger fachlicher Änderungen zugestimmt. Werden diese durch die Bundesregierung umgesetzt, kann sie die neuen Regeln in Kraft setzen. Die Anpassung regelt das Verfahren zur Ausweisung der Gebiete durch die Länder bundesweit einheitlich. Hessens Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Priska Hinz erklärte dazu im Plenum: „Wir gehen damit endlich den entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Beendigung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland wegen der bisherigen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Außerdem schafft die Anpassung auch für die landwirtschaftlichen Betriebe endlich Planungs- und Rechtssicherheit.“ Eine Verdichtung des Messstellennetzes soll in Zukunft ermöglichen, die Gebiete noch besser angepasst an die Belastungssituation auszuweisen und soweit möglich auch zu reduzieren. Hessen hat hierfür für die kommenden Jahre bereits rund 12 Mio. Euro im Haushalt bereitgestellt.

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

EU-Vorlage

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms der Union für sichere Konnektivität für den Zeitraum 2023-2027

Der Bundesrat hat den EU-Vorschlag für eine sichere Konnektivität beraten und Stellung genommen. Die Hessische Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus erklärte zu diesem Tagesordnungspunkt im Plenum: „Wir brauchen perspektivisch ein eigenes europäisches Satellitennetzwerk. Aber nicht nur aufgrund von Krisen – auch im Alltag wird die satellitengestützte Kommunikationstechnik an Bedeutung gewinnen.“ Sie verdeutlichte, dass das Programm solide ausfinanziert sein müsse, jedoch nicht zulasten anderer Programme wie Galileo oder Copernicus. „Das würde uns bei unseren Aufholbemühungen in der Satelliten- und Weltraumtechnologie wieder zurückwerfen,“ betonte die Ministerin. Zu begrüßen sei hingegen, dass kleine und mittlere Unternehmen beim EU-Programm stärker berücksichtigt werden sollen.

>>> zum [Video](#)



© Henning Schacht

NATO-Beitritt

Gesetz zu den Protokollen zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt der Republik Finnland und des Königreichs Schweden

Heute hat der Bundesrat unmittelbar nach dem Deutschen Bundestag das Ratifikationsgesetz zum geplanten NATO-Beitritt von Finnland und Schweden gebilligt.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben Finnland und Schweden formell den Beitritt zur NATO beantragt. Am 5. Juli 2022 haben alle bevollmächtigten Vertreter der 30 NATO-Mitgliedstaaten die Beitrittsprotokolle zum Nordatlantikvertrag in Anwesenheit der Außenminister von Finnland und Schweden unterzeichnet. Beide Länder können in die NATO aufgenommen werden, wenn alle nationalen Parlamente den Beitrittsprotokollen formell zugestimmt haben.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](#)

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 16. September 2022 erneut zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 5. bis 9. September statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin